



Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften
Association des sociétés anonymes privées
The Swiss Association of Privately Held Companies

MEDIENMITTEILUNG

Basel, 22. September 2014

Gegen eine neue Kapitalgewinnsteuer im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III!

Die VEREINIGUNG DER PRIVATEN AKTIENGESELLSCHAFTEN (VPAG) nimmt vom heute verabschiedeten Vernehmlassungsvorschlag des Bundesrates mit Erstaunen Kenntnis. Sie hat Verständnis dafür, dass der Bundesrat auf Druck des Auslandes Massnahmen zu Steuerreformen unternehmen muss, um im Gesamtinteresse den Erhalt resp. die Stärkung der steuerlichen Standortattraktivität Schweiz zu sichern. Dass mit dieser Reform schwergewichtig zur Problemlösung der steuerlichen Gegebenheiten von international tätigen Unternehmen beigetragen wird, bleibt anerkannt.

Dass jedoch zusätzliche steuerliche Massnahmen (Steuererhöhungen) eingeführt werden sollen, die überhaupt nicht im Zusammenhang mit den Entwicklungen auf internationaler Ebene, namentlich der OECD, stehen, um gewisse Regelungen des geltenden schweizerischen Steuerrechtes zu verbessern, werden entschieden abgelehnt.

Dies gilt für die geplante Einführung einer Kapitalgewinnsteuer kombiniert mit einer Wegzugssteuer, die sachlich in keinem Zusammenhang mit dem internationalen Druck auf die Schweiz steht. Diese trifft in starkem Masse die Eigner von Familienunternehmen und KMU nebst allen weiteren natürlichen Personen. Umso erstaunlicher ist dieser Vorschlag deshalb, da die Kapitalgewinnsteuer in den letzten Jahrzehnten von allen Kantonen abgelehnt worden ist. Gleichzeitig sei daran erinnert, dass die Eidg. Volksinitiative „für eine Kapitalgewinnsteuer“ am 2. Dezember 2001 mit einem Neinstimmen-Anteil von 65,9% von Volk und Ständen verworfen worden ist. Da die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer (darin eingeschlossen die Wegzugssteuer) administrativ mit grossem Aufwand verbunden ist und wie Studien zeigen, letztlich wenig ergiebig ist, macht deren Einführung keinen Sinn.

Die VPAG als Interessenvertreterin von Familienunternehmen und ihrer Eigner, die als schweizerische KMU Wachstum schaffen, hat im heutigen international nicht einfachen wirtschaftlichen Umfeld kein Verständnis für die Einführung solcher zusätzlichen Gewinnsteuern, die auch die Unternehmensnachfolge unnötigerweise erschweren.

Rückfragen:

Peter Andreas Zahn, Geschäftsführer

Telefon: +41 79 407 99 50

E-Mail: peter.andreas.zahn@vpag.ch